

*Dan Opreescu*

## Roma-Angelegenheiten in Rumänien - im Jahr 2000 und in der Zukunft

Die letzte offizielle nationale Volkszählung im Januar 1992 registrierte in Rumänien 409.111 Roma. Dabei muss weitgehend berücksichtigt werden, dass nur ein Bruchteil der Roma den Mut hat, sich als solche zu bekennen. Die Schwierigkeit, überhaupt genaue Zahlen zu erhalten, ist auf eine grundsätzliche Mehrdeutigkeit von Identität, ethnischer Zugehörigkeit und Vorurteilen zurückzuführen. Konservativste Schätzungen der Roma-Bevölkerung in Rumänien setzen die Zahl irgendwo zwischen einer und zwei Millionen an. Einige Roma-Aktivisten gehen von deutlich höheren Zahlen aus, nämlich von über drei Millionen. Zusätzliche Probleme bei der Erfassung der Roma resultieren aus der geographischen Streuung, kulturellen Unterschieden und einer erheblichen sozialen Differenzierung, die ihrerseits den Entwurf besonderer Strategien für Roma-Fragen gänzlich unvorstellbar machen. Darüber hinaus sehen sich die Roma in Rumänien einem hohen Grad an Assimilierung an die Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt (gleichgültig, ob diese rumänisch oder - wie in Transsilvanien - ungarisch ist), so dass einige wichtige Elemente der ethnischen Identität der Roma im Laufe der Jahrhunderte einfach verschwunden sind. Dies gilt z.B. für Romani als Muttersprache (in Rumänien sprechen lediglich 40 Prozent derjenigen, die sich als Roma bekennen, Romani als Muttersprache - in Bulgarien liegt der Prozentsatz bei 98 bis 99, in Ungarn sind es nur 20 Prozent und in Spanien null Prozent), trifft aber auch auf viele andere traditionelle Charakteristika wie Beruf, Erziehung, Wohnen und Familienstruktur zu.

Der allgemeine Rahmen zum Schutz nationaler Minderheiten in Rumänien wurde in den Jahren 1990 bis 1995 von verschiedenen aufeinander folgenden Ilescu-Regierungen errichtet und hat sich bis heute praktisch nicht verändert, obwohl er sich als Reaktion auf bestimmte "politische Vorgaben" der damaligen amtierenden Regierungskoalition herausbildete (die als kleinere Koalitionspartner so nationalistische, fremdenfeindliche und isolationistische Parteien wie die Großrumänien-Partei und die Partei der Nationalen Einheit der Rumänen umfasste). Das derzeitige System des Schutzes nationaler Minderheiten in Rumänien hat seine rechtliche Grundlage in Artikel 4 des Wahlgesetzes,<sup>1</sup> der besagt, dass nichtstaatliche Organisationen nationaler Minderheiten an Wahlen teilnehmen können und in der unteren Kammer des Parlaments (dem Abgeordnetenhaus) vertreten sind, wenn einer ihrer Kandidaten wenigstens fünf Prozent der Anzahl der Stimmen auf sich vereinigen kann, die ein Vertreter der politischen Parteien durchschnittlich benötigt, um ge-

---

1 Gesetz Nr. 65 vom 15. Juni 1992.

wählt zu werden. Ursprünglich war dieses System ausgearbeitet worden, um den Einfluss des Demokratischen Verbands der Ungarn Rumäniens (*Uniunea Democrată Maghiară din România*, UDMR) auf Gesetzgebung und Wahlen "auszubalancieren", aber auch als Ergebnis interner und externer Propaganda. Nach den Wahlen im November 1996, als die UDMR in die neue Regierungskoalition eintrat, erkannten die ungarischen Führer in Rumänien, dass es *erstens* sehr schwierig sein würde, das Ilescu-System zu reformieren, dass *zweitens* die notwendigen Maßnahmen, die eine echte Reform des Systems zum Schutz nationaler Minderheiten in Rumänien erfordern würde, wahrscheinlich einen Aufschub der "gemeinsamen" Ziele erfordert hätte, deren Verwirklichung die UDMR ihren Wählern versprochen hatte; folgerichtig war das Ilescu-System *drittens* keine Bedrohung der Ziele der UDMR und hatte *viertens* den Vorteil nur wenig zu kosten (z.B. im Jahre 1999 insgesamt 40 Milliarden Rumänische Lei - ca. 2,5 Mio. US-Dollar -, ein kleiner Tropfen im Ozean des Staatshaushalts. Es bleibt abzuwarten, ob dieses System die nächste Zukunft überstehen wird - und ich glaube schon, denn es ist "billig", macht aber einen "guten Eindruck"). Dennoch kann man aus der Ferne - sozusagen aus einer "Satellitenperspektive" - die Politik gegenüber nationalen Minderheiten in Rumänien als bedeutende Errungenschaft ansehen, insbesondere im südosteuropäischen Kontext<sup>2</sup> und ganz besonders angesichts des Jugoslawienkonflikts und der NATO-Intervention im Kosovo.

Im Hinblick auf die Politik gegenüber nationalen Minderheiten könnte das Jahr 1999 als von Stagnation geprägt bezeichnet werden, mit Ausnahme der Entwicklungen, die die Roma-Minderheit betreffen. Insbesondere im Vergleich zu dem Zeitraum vor November 1996 lässt sich feststellen, dass bedeutende Fortschritte in Bezug auf diese ganz besondere nationale Minderheit gemacht wurden. Meiner Meinung nach gibt es in Rumänien nur zwei nationale Minderheiten mit spezifischen und größeren Problemen: Ungarn und Roma. Alle anderen Minderheiten (Armenier, Juden, Deutsche, Griechen, Italiener, Bulgaren, Türken etc.), haben "nur" das Problem, ihr kulturelles Erbe, ihre Muttersprache etc. zu bewahren. Grundsätzlich verfügen diese anderen Minderheiten über die notwendigen Ressourcen zur Sicherung ihrer Interessen (sie haben beispielweise Zugang zu den nötigen Finanzierungsquellen). Ich würde sogar sagen, dass die Ungarn recht gut wissen, wie sie auf ihre gemeinsamen Interessen Acht geben können, und das politische Umfeld seit 1996 ist für sie von Vorteil - natürlich will ich damit nicht sagen, dass sie es sehr leicht haben. Doch die Erfahrungen der Jahre seit 1989 haben gezeigt, dass die Ungarn in Rumänien ziemlich einfallsreich sind (in erster Linie in politischer und menschlicher Hinsicht), sich Gehör zu verschaffen wissen und auch Resonanz auf die Anliegen der ungarischen Gemeinden in Rumänien erhalten.

---

2 Vgl. hierzu auch den Artikel von James Rosapepe, Botschafter der USA in Bukarest, in der Washington Post vom 1. Juni 1999.

Demgegenüber ist die Situation der Roma weitaus ernster. Die Probleme, denen sich die Roma-Gemeinden gegenübersehen (organisatorisch, sozial, kulturell sowie in Bezug auf Bildung, Hygiene und Gesundheit, Beschäftigungsmöglichkeiten, Wohnungssituation und in Form von Diskriminierung), erfordern schnelle und entschiedene Maßnahmen, um die Lebensbedingungen des größten Teils unserer Roma-Mitbürger deutlich zu verbessern. Das Thema Roma in Rumänien ist keineswegs nur eine Frage der "sozialen Integration", sondern außerordentlich komplex, so komplex, wie auch die Situation in den meisten Roma-Gemeinden. Das Hauptcharakteristikum der Roma-Bevölkerung Rumäniens ist die extreme soziale Differenzierung bei einem gleichzeitig hohen Grad an Assimilation an die Mehrheitsbevölkerung (Rumänen oder Ungarn, in der Gegend um Doubrodja aber auch Türken). Dies hängt organisatorisch mit einer Vielfalt von Formen zusammen, von denen einige traditionell, andere wiederum von jüngsten Entwicklungen beeinflusst sind. Daher hat es die staatliche Politik gegenüber den Roma sowohl mit Menschen zu tun, die sich in modernen nichtstaatlichen Organisationen engagieren, als auch mit solchen, deren Führer der "König aller Roma" oder der "Kaiser aller Roma" ist (tatsächlich sind die beiden Cousins und ihre "königlichen" bzw. "kaiserlichen" Paläste stehen in derselben Straße in Sibiu, einer Stadt im Zentrum des Landes).

Viele wichtige Aspekte der Probleme der Roma sind identisch mit denen der Mehrheit der Bevölkerung, ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit. Darüber hinaus sieht sich die Roma-Bevölkerung jedoch - zusätzlich zu den "normalen" Problemen einer Übergangsgesellschaft - mit einigen weiteren Schwierigkeiten konfrontiert, deren gravierendste die Diskriminierung ist. Solange die gängigen Zeitungen immer noch Anzeigen veröffentlichen wie z.B. "Sicherheitspersonal gesucht, Roma brauchen sich nicht zu bewerben" oder "Verkaufe Einzimmerwohnung in zigeunerfreiem Wohnblock", ist offensichtlich, dass mit einer Menge Leute in Rumänien etwas nicht stimmt. Schlimmer noch: Die Europäische Union musste uns erst darauf hinweisen, dass wir uns um unsere Bürger ethnischer Roma-Herkunft kümmern müssen. Die deutliche Verbesserung der Lage der Roma in Rumänien ist eines der wenigen politischen Kriterien, die erfüllt werden müssen, wenn Rumänien einmal Teil der westeuropäischen Strukturen werden will (merkwürdigerweise scheinen uns internationale Gremien allzu oft daran "erinnern" zu müssen, uns um unsere Mitbürger, unsere Kinder etc. zu kümmern).

Seit 1999 gibt es eine Art politischen Konsens zwischen den wichtigsten rumänischen Parteien darüber, dass die Roma ein heikles und wichtiges Thema für das Land sind. Denn in Rumänien - wie auch im übrigen Europa - tendieren Roma dazu, Links- oder Mitte-links-Parteien zu wählen, möglicherweise weil die Rhetorik solcher Parteien Begriffen wie "sozialer Schutz", "Chancengleichheit" usw. ausreichend Aufmerksamkeit schenkt. Verschiedene Roma-Organisationen in Rumänien sind bereit, diese Parteien zu unterstützen. Andererseits hat die derzeitige (Mitte-rechts orientierte) Regierungsko-

lition aufgrund der strategischen Bedeutung, die die Koalitionsparteien der Aufnahme Rumäniens in europäische und euroatlantische Strukturen beimessen, ein Interesse an der Roma-Frage. Jede Regierung wird sich weiterhin für die Verbesserung der Lage der Roma in Rumänien einsetzen, gleichgültig, welche Parteien nach den Wahlen im Spätherbst 2000 die Regierungskoalition bilden werden, und das aus ganz unterschiedlichen Gründen. Alles in allem bilden die Roma in Rumänien als Gruppe nur ein begrenztes Wählerpotential. Sie wählen mehrheitlich nach politischen Gesichtspunkten, und zwar in erster Linie Links- oder Mitte-links-Parteien. Aber auch wenn es nur minimal ist, darf das Wählerpotential der Roma nicht außer Acht gelassen werden: Im Falle eines engen Wahlausgangs, insbesondere bei den Präsidentschaftswahlen, könnten die Stimmen der Roma das Zünglein an der Waage zwischen Gewinnern und Verlierern sein.

Um politische Verzerrungen in einem Wahljahr wie 2000 zu vermeiden, befand die Regierung, dass eine der angemessensten Formen, eine "nationale Strategie für Roma" zu erarbeiten, die eines PHARE-Projektes ist. Dieses würde von jeder (gegenwärtigen oder zukünftigen) Regierung Fortschritte bei der Verbesserung der Lage der Roma in Rumänien verlangen, einschließlich der Abschaffung jeglicher Art von Diskriminierung.

Über die Abteilung für den Schutz nationaler Minderheiten erhält die rumänische Regierung zwei Millionen Euro im Rahmen des PHARE-Projekts RO 9803.01. Sie soll mit diesen Mitteln eine nationale Strategie für Roma entwickeln und anhand von Pilotprojekten testen. Derzeit ist das PHARE-Projekt RO 9803.01 bereits gut angelaufen, nachdem es Ende März 2000 gestartet wurde. Ende 2000 soll ein Weißbuch veröffentlicht werden, in dem die inzwischen bereits berühmte "nationale Strategie für Roma" als gemeinsamer Vorschlag der Regierung und der Arbeitsgruppe der Roma-Vereinigungen enthalten sein soll. Das Weißbuch soll dann öffentlich diskutiert werden.

Obwohl es zutrifft, dass sich das PHARE-Projekt RO 9803.01 gegenüber seinem ursprünglich geplanten Beginn um mehrere Monate verzögert hat, ist es bemerkenswert, dass das Projekt angelaufen ist und eine fortgeschrittene Entwicklungsstufe erreicht hat - sogar ohne Subventionen von PHARE. Der Grund dafür ist die aktive Partnerschaft zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, insbesondere Organisationen und Vereinigungen der Roma. Im Jahre 1999 gab es eine Reihe von Treffen von Roma-Vereinigungen (in Mangalia, Predeal, Sibiu, Bukarest etc.), auf denen die Partnerschaft mit der Regierung durch das am 3. Mai 1999 unterzeichnete Protokoll zwischen der Abteilung für den Schutz nationaler Minderheiten und der Arbeitsgruppe der Roma-Vereinigungen ins Leben gerufen wurde. Gemäß diesem Protokoll entsendet die Arbeitsgruppe Experten, die als Mitglieder des Interministeriellen Unterausschusses für Roma fungieren. Der Unterausschuss ist paritätisch mit Vertretern der Arbeitsgruppe und Vertretern der verschiedenen Ministerien besetzt und alle Mitglieder des Unterausschusses genießen die gleichen Rechte. Die Interministerielle Unterausschuss hat zwei Ko-Vorsitzende, von denen

einer durch die Regierung und der andere durch die Arbeitsgruppe der Roma-Vereinigungen benannt wird. Der Ausschuss tritt einmal im Monat zusammen, um die Entwürfe der "Teilstrategien" (in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Wohnungssituation etc.) zu beraten und um die allgemeinen Prinzipien der geplanten nationalen Strategie für Roma zu diskutieren. Fast noch wichtiger als die Diskussionen im Unterausschuss ist die Atmosphäre innerhalb des Ausschusses, die von gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Verlässlichkeit geprägt ist. Die Regierungsvertreter hatten die Gelegenheit echte Roma-Experten aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen kennen zu lernen, und die Vertreter der Arbeitsgruppe der ROMA-Vereinigungen erkannten, dass nicht alle staatlichen Beamten entweder korrupt und rassistisch oder böswillig und inkompetent sind.

Anders als andere mittel- und osteuropäische Staaten profitiert Rumänien aus historischen Gründen von der Existenz einer bedeutenden Roma-Elite. Dieser Umstand fand im Frühjahr 1999 internationale Anerkennung, als der rumänische Roma-Aktivist und Soziologe Nicolae Gheorghe zum Berater für Fragen der Roma und Sinti im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE berufen wurde. Es ist jedoch weithin unbestritten, dass Nicolae Gheorghe ein unersetzlicher Aktivist und Führer der Roma ist, ungeachtet der Bemühungen anderer Roma-Führer, diese "Lücke" zu schließen. Es ist aber immerhin bemerkenswert, dass führende Roma an der Partnerschaft mit der rumänischen Regierung festhalten, denn sie haben erkannt, wie wichtig eine umfassende nationale Strategie für Roma ist. Dies ist natürlich nur ein weiterer Beleg für die außerordentliche "politische Reife", die unsere Roma-Elite an den Tag legt.

Einige weitere mittel- und osteuropäische Staaten haben nationale - d.h. staatliche - Strategien für Roma entwickelt (oder bereiten sie gerade vor). Ich glaube aber, dass Rumänien das erste Land ist, das ein solch wichtiges Programm mit direkter Beteiligung der Roma selbst hervorbringt: durch die Tätigkeit der von den rumänischen Roma-Vereinigungen (derzeit sind etwa 150 solcher Vereinigungen und Organisationen registriert) demokratisch gewählten Roma-Vertreter der Arbeitsgruppe der Roma-Vereinigungen.